

# Das Tempo auf der sozialen Überholspur ist zu hoch

Marathonläufe, drei Sprachen, zwei Mastertitel – klingt gut. Aber nicht jede Leistung bringt auch den gewünschten Erfolg



Katja Rost

Ich bin heilfro, dass ich bereits 41 Jahre alt bin und nicht mehr in Konkurrenz stehe mit dem heutigen Nachwuchs. Dieser ist extrem jung, oft unter 30 Jahre alt. Hat in England, Frankreich und den USA studiert. Mit Doppelmaster und Bestnoten abgeschlossen. Spricht fließend drei Sprachen und lernt in der Freizeit gerade zwei weitere. Lläuft Marathon und war schon in New York, Los Angeles, Tokio, Berlin und Paris dabei. Ist unermüdet auf Reisen. Ernährt sich von Salat, trinkt Evian und sieht gut aus. Derart qualifizierte Nachwuchskräfte besetzen immer jünger Spitzenstellen als Managerin, Anwaltspartner, Exekutivpolitiker, Arzt oder Professorin. Sich zu überbieten ist zu einem Lebensgefühl geworden. Längst reicht es nicht mehr aus, in einem Gebiet gut zu sein. Nein, es wird erwartet, in mehreren Bereichen des Lebens überdurchschnittlich erfolgreich zu sein. Der Zeitungstitel über einen 30-jährigen Professor, der die Liste der forschungstärksten Betriebswirte unter 40 Jahren

anführt, lautet: «Der Junge, der alles richtig macht». Im Artikel ist zu lesen, dass der Mann natürlich kein Workaholic sei, sondern nach Feierabend am Rhein entlang jogge und Klavierspiele. Ein anderer Artikel mit dem Titel «Die Marathon-Manager» berichtet, wie Spitzenmanager auch bei Dunkelheit, Kälte und Regen jeden Morgen um fünf Uhr aufstehen. Sie trainieren diszipliniert für den nächsten Marathon und tanken Energie für lange Sitzungen. Der Höhepunkt dieser Ausnahmemanager ist das Laufen der 42 Kilometer von Staten Island bis zum Central Park in Manhattan. Am 50. Geburtstag. Mit Schulfreunden. In persönlicher Bestzeit. Angefeuert von Frau und Kindern.

Woher kommt diese zwanghafte Beschleunigung, die es früher – zumindest in meiner sozialistischen Jugend – so noch nicht gab? Laut dem Soziologen Hartmut Rosa leben wir in einer Optimierungsgesellschaft. Durch die Verkürzung und Verdichtung von Handlungssequenzen, etwa durch Fast Food oder Multitasking, versuchen wir ständig Zeit zu sparen. Gegenüber vorangegangenen Gesellschaftsepochen produzieren wir immer mehr und immer schneller. Die fortschreitende Technik unterstützt uns im Zeitgewinn. Im Konkurrenzkampf um soziale Anerkennung und Spitzenpositionen explorieren unsere To-do-Listen. Dieses rasante Lebenstempo führt bei manchen, beispielsweise bei den Marathon-Managern, zu Burn-out, Herzinfarkt oder Selbstmord. Bei ande-



Nur entschleunigte Führungseliten erzeugen Resonanz.

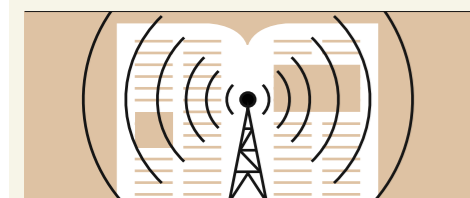
ren, beispielsweise dem erwähnten Wunderknaben, mündet das Überbieten vorangegangener Rekorde in Betrug und Ansehensverlust. Glücklicherweise macht ein Leben auf der Überholspur nicht. Wir verlieren das aus den Augen, was eigentlich wichtig ist. Kinder statt Karriere. Freunde statt Highlights. Musse statt Trainingszwang. Gesundheit statt Bewunderung. Leben gelingt da, wo wir uns einbringen, mitgestalten, kreativ sein können. Ohne Erfolgs- und Zeitdruck. In einer solchen Umgebung entwickeln wir Ideen, die unsere Mitmenschen interessieren. Nur entschleunigte Führungseliten erzeugen Resonanz – weil sie anderen das Gefühl geben können, sichtbar und wichtig zu sein. Hierdurch leisten sie einen Beitrag für Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Allgemeinheit.

Unsere Gesellschaft produziert aber weiterhin Turboeliten. Wir investieren Unmengen an Zeit und Geld in unseren Nachwuchs – mit Klavier-, Tennis-, Sprach- und Nachhilfeunterricht. Wofür? Damit dieser künftig noch mehr und besser produzieren kann. Auch ich bin ein Teil davon: Seit seinem dritten Monat lernt unser Sohn Englisch. Gebracht hat es bisher gar nichts. Neulich sagte er zu mir: «Aber Mama, das macht doch nichts.» Recht hat er. Entspannen wir uns.

Katja Rost ist Soziologieprofessorin an der Universität Zürich.

## Medienkritik

### Journalisten spielen schlechtes Fernsehen



Katharina Bracher

Wie nennt man eine Bildtonaufnahme, auf der ein Mann zu sehen ist, der zu einem unsichtbaren Publikum spricht? «Tageschau». Oder auch: «Wort zum Sonntag». Und wie nennt man eine schlechte Bildtonaufnahme, auf der ein Mann einen öden Monolog vor einer Bücherwand hält? Richtig: Videoblog.

Roger Köppel, der Chefredaktor der «Weltwoche», hat einen. Der Kulturjournalist Martin Ebel vom «Tages-Anzeiger» auch. Sie tauchen auf Facebook auf und prangen prominent auf den Internetseiten der Printmedien. Videoblogs von Zeitungsjournalisten sind gerade gross in Mode. Wieso, weiss niemand so richtig. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Verzweiflungstat in Zeiten schwindender Aufmerksamkeit: Der Journalist als Marke. Er soll Leser aus dem Strom der sogenannten sozialen Netzwerke ziehen und sie als zahlende Kunden zurückzugewinnen.

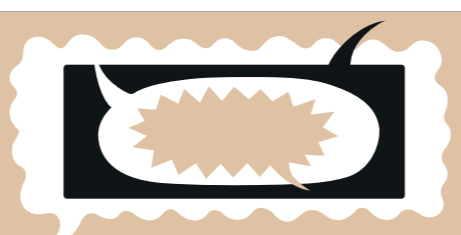
Ob das funktioniert? Man schaut in die angespannten Gesichter in den Videoblogs und zweifelt. Die Monologe sind langatmig, man stremmt sich gegen aufkommende Langeweile, nur um sich dabei zu ertappen,



Rein optisch erinnern Videoblogs an das analoge öffentliche Fernsehen aus den achtziger Jahren.

wie man die Titel auf den Bücherrücken zu entziffern versucht oder die gerahmte Foto im Hintergrund mustert. Rein optisch erinnern Videoblogs an das analoge öffentliche Fernsehen aus den achtziger Jahren: bröseliges, blasses Bild, tiefige Kulisse und – wenn kein holprig monologisierender Mann zu sehen ist – Standbilder und Stimmen aus dem Off. «Ich habe schon von der Regie ein Signal, ich muss langsam zu Schluss kommen», sagt Köppel wichtig. Schon ist man wieder abgeschweift und hat sich irritieren lassen von Köppels ständigem Feixen in den unpassendsten Momenten. «Oxfam sitzt in der Sauce», sagt er über den Skandal in der britischen Hilfsorganisation und glücktst süffisant. Ist das derselbe Mann, der in seinen Editorials zwar mit ideologischem Schneid, aber doch mit einer respektablen Eloquenz gegen alles loszieht, was er für zu links hält?

Nein, videobloggende Printjournalisten tun sich selbst keinen Gefallen. Dass man damit eine Generation von Lesern zurückgewinnt, die gelernt hat, sich die besten Inhalte gratis und sekundenschnell zusammenzugogeln, ist illusorisch. Das zeigt auch eine vielbeachtete Studie von Microsoft. Sie legte dar, wie die Aufmerksamkeitsspanne der Internetnutzer in wenigen Jahren auf durchschnittlich acht Sekunden gesunken ist. Die Generation, die mit dem Internet aufgewachsen ist, hat gelernt, langweilige Inhalte automatisch auszuwählen. Insofern dürfte sich das Phänomen der videobloggenden Printjournalisten bald von selbst erledigen.



## Showdown

Claudia Mäder

Heute ist Welt-Pluto-Tag. Klingt kryptisch, bedeutet aber nicht, dass die Erde zum Herrscher der Unterwelt herabsänke oder Micky's Hund gedächte. Nein, heute ist die Welt gehalten, sich des gewesenen Zwergplaneten Pluto zu entsinnen. Dass dem ehemals neunten Glied unseres inzwischen auf acht Planeten geschrumpften Sonnensystems der Planetenstatus anno 2006 entzogen worden ist, soll uns nicht daran hindern, den am 18. Februar 1930 entdeckten Himmelskörper in warmen Andenken zu halten. Im Gegenteil: Gerade nachdem sie diese Kränkung erleiden musste, hätte die nunmehr nüchtern Nr. 134340 geheissene Kugel ein paar freundliche Gedanken oder Gesten vonseiten der Erde verdient.

Anderen Planeten drängen wir unsere gütigen Botschaften ja schliesslich geradezu auf. Der Mars zum Beispiel hätte um ein Haar ein Tesla-Cabrio erhalten. Was die Bewohner unseres Nachbarsterns mit dem Gefährten anstellen sollen, wenn es nach seiner Space-Odyssee dort angekommen wäre, ist rätselhaft: Es ist nicht anzunehmen, dass auf dem roten Planeten künftig noch irgendwer über Fahrkompetenz verfügt, da sich der Marsmensch doch wohl wie alle Welt dem Selbstfahrend ergibt. Und auch auf dem Jupiter lebt man bestimmt nicht mehr hinter dem Mond, wenn der herrenlose Tesla dereinst dort vorfährt und die neueste Menschentechnologie einführt.

Dem abgelegenen Pluto dagegen könnte man übermorgen vermutlich sogar mit Modellen von vorgestern noch eine Freude machen. Warum also an diesem 18. Februar nicht ein Zeichen der kosmischen Freundschaft setzen und ein gelbes Postauto an den Rand des Sonnensystems schicken? Post für Pluto! Finanzieren müsste die Post diese Mission mit den angehäuften Gewinnen ja problemlos können.

## Grenzerfahrung

### Justitia mit Parteibuch



Barbara Hofmann

Die Göttin der Gerechtigkeit hält auf Darstellungen seit je das Richtschwert in der Rechten und die Waage in der linken Hand. Ausserdem hat Justitia die Augen verbunden, damit sie ohne Ansehen der Person richten kann, vollkommen unparteilich also. Dasselbe sollte eigentlich auch für Justitias Helfer auf der Anklagebank gelten.

Im Kanton Tessin wird im Juni der 70-jährige Generalstaatsanwalt John Noseda pensioniert, der der SP nahesteht. Kommende Woche soll sein Nachfolger gewählt werden. Der Tessiner Generalstaatsanwalt wird vom Kantonsparlament nominiert und gewählt. Bisher gaben jeweils einzig parteiliche Überlegen den Ausschlag dafür, wer für den Posten ins Rennen geschickt werden soll. Doch das Amt ist äusserst anspruchsvoll, gerade im Grenzkanon. Das Einsickern der Mafia in die Tessiner Wirtschaft, die Finanzkriminalität, die internationale Zusammenarbeit – all das erfordert einen Generalstaatsanwalt mit hohen professionellen Qualitäten und viel Berufs- und Lebenserfahrung.

Deshalb versuchte man, die Ausmarchung dieses Mal ein wenig von Parteierwägungen zu befreien, und beauftragte die Zürcher

Hochschule für Angewandte Wissenschaften mit teuren Assessments, um die Fachkenntnis und die Führungsqualitäten der von den Parteien aufgestellten Kandidaten – es sind alles Männer – zu untersuchen. Das Ergebnis: Nur einer der vier Kandidaten ist demnach «empfehlenswert», zwei Aspiranten sind «empfehlenswert mit Reserve» und einer «nicht empfehlenswert». Parallel dazu nahm eine kantonale Expertenkommission die juristischen Voraussetzungen der Kandidaten unter die Lupe. Die Tessiner Experten waren aber erstaunlicherweise nicht bereit, die Ergebnisse des Assessments der Zürcher Experten zu prüfen, geschweige denn, diese mit einzubeziehen.

Die Tessiner Grossrätinnen und Grossräte, die morgen Montag eine Wahl treffen müssen, erhielten aus juristischen Gründen keinen Einblick in die Ergebnisse. Die beiden Kommissionen gaben ihre Entscheidungen ohne koordiniertes Verfahren ab. Es dürfte also alles beim Alten bleiben: Die Fraktionen im Grossen Rat werden diejenigen Kandidaten unterstützen, die der jeweiligen Parteifarbe am ehesten entsprechen. Das Züngeln beziehungsweise die Zunge an der Waage, werden die Lega und die SVP spielen, da sie die Mehrheiten im Rat bestimmen.

Im Tessin trägt Justitia neben dem Richtschwert auch ein Parteibuch, eingeklemmt unter dem rechten Arm. Und wenn man ganz genau hinschaut, sieht man, dass ihre Augenbinde etwas feucht geworden ist. Von den Tränen.

Barbara Hofmann ist Korrespondentin für deutschsprachige Medien im Tessin.

# NZZ am Sonntag

## Missbrauch

Hilfswerke sollten schneller handeln als die Kirche

Beim britischen Hilfswerk Oxfam sind diese Woche Fälle sexueller Ausbeutung durch ihre Mitarbeiter in Haiti und in Tschad publik geworden. Und schon bald zeigte sich: Das Problem des Missbrauchs existiert auch bei andern Hilfsorganisationen. Auch wenn sich die grosse Mehrzahl von Hilfswerksangestellten korrekt verhält – so scheinen in dieser Branche dennoch besondere Umstände vorzuliegen, die Täter anziehen oder den Missbrauch begünstigen. Es verhält sich ähnlich wie bei den Missbräuchen in der katholischen Kirche oder in gewissen reformpädagogischen Einrichtungen, die in jüngster Zeit ans Licht kamen: Die Absichten sind einwandfrei, die Bedingungen äusserst gefährlich. Auch bei Hilfswerken herrscht stets ein riesiges Machtgefälle zwischen Helfern und abhängiger Klientel in versehrten Gebieten. Gerade bei Noteinsätzen agieren die Helfer – meist Männer – wie humanitäre Söldner, ohne Familie, unter Druck, abgeschottet an Orten, wo Recht und Ordnung zusammengebrochen sind. Das alles begünstigt Missbrauch massiv. Was tun? Dasselbe wie die katholische Kirche, nur schneller und entschlossener. Also: Künftige Anwärter für den Beruf besser prüfen, Anlaufstellen und eine Kultur schaffen, die es zulässt, Übergriffe zu melden. Das bietet keine Garantie. Holt aber vielleicht langfristig das Vertrauen zurück. (tis.)

## Postauto-Skandal

Jetzt muss die Aufsicht verbessert werden

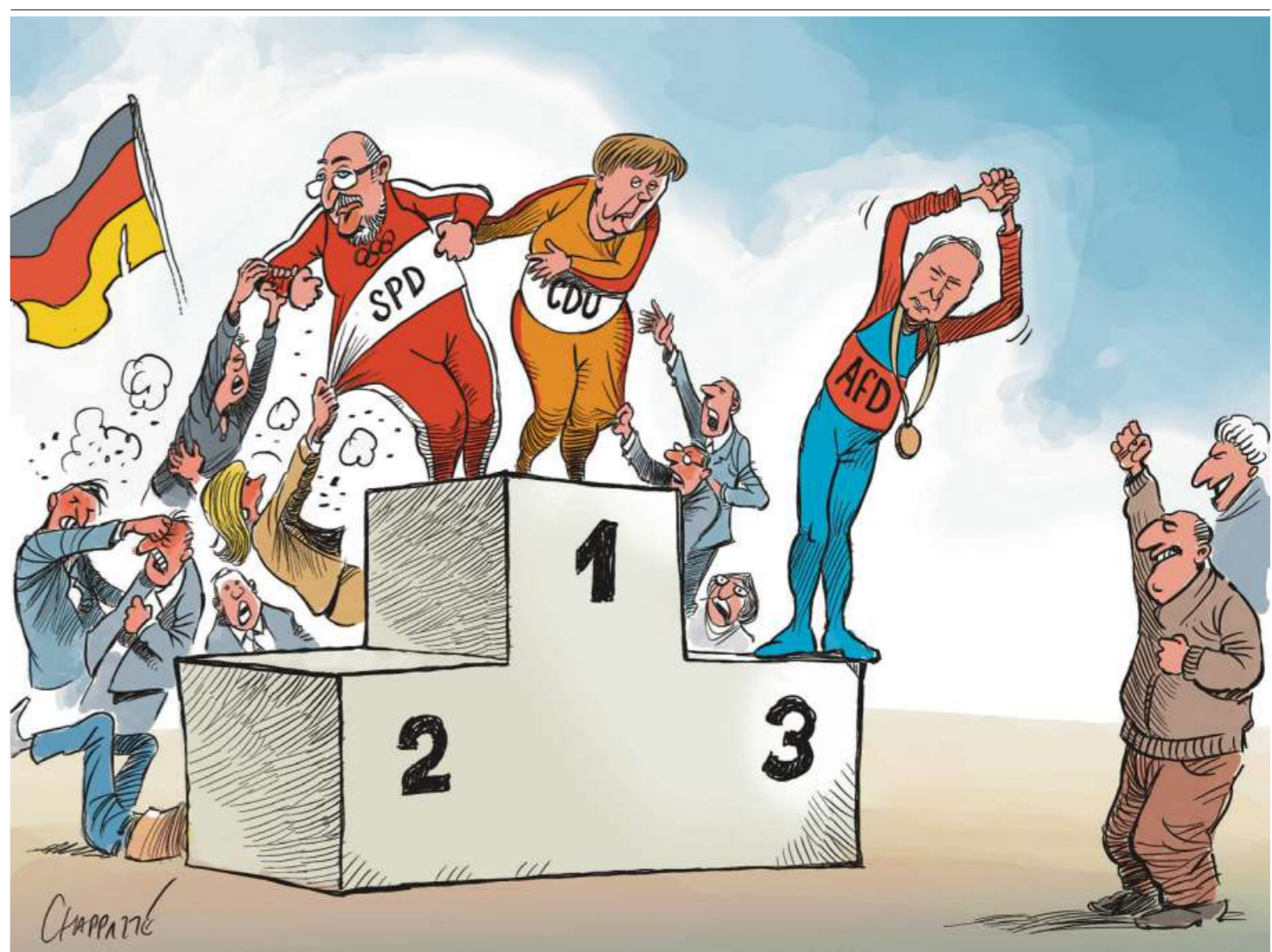
Es kommt selten vor, dass ein Revisor zum TV-Helden wird. Der 44-jährige Pascal Stirnimann schaffte das Kunststück. Er erläuterte im Schweizer Fernsehen, wie er mit Hartnäckigkeit den Millionenskandal bei Postauto aufdeckte. Aller Applaus ist berechtigt, aber eines darf nicht vergessen gehen: Trotz Warnzeichen dauerte es zehn Jahre und brauchte das Eingreifen einer Bundesrätin, bis die Sache aufflog. Das zeigt, dass die Aufsicht über den öffentlichen Verkehr nicht richtig geregelt ist. Heute liegt sie in wichtigen Bereichen beim Bundesamt für Verkehr, was gleich zwei Interessenskonflikte schafft. Zum einen macht das Amt Vorgaben, die es danach selber kontrollieren muss. Zum anderen entsteht ein schwieriges Verhältnis zum Finanzdepartement. Denn dieses will natürlich Gewinne aus bundeseigenen Betrieben wie der Post sehen. Jeder Beamte in Bern weiss aber: Mit dem mächtigen Amt, das die Bundesgelder verteilt, sollte man es sich nicht verschmerzen. Es ist darum nur die zweitbeste Lösung, wenn man jetzt die bestehenden Kontrollmechanismen stärkt. Besser wäre es, die Aufsicht neu zu organisieren, sie möglichst eigenständig zu machen und mit weitgehenden Kompetenzen auszurüsten. (mjL.)

## Olympia

Es braucht kleinere Spiele

Trotz koreanischer Gastfreundschaft will an den Spielen in Pyeongchang keine richtige olympische Stimmung aufkommen. Dem Land fehlt es an Wintersporttradition. Das Internationale Olympische Komitee (IOK) signalisiert zwar Bereitschaft, die Spiele zu verkleinern und sie damit auch für europäische Stationen wieder attraktiver zu machen. Doch solange es Länder gibt, die bereit sind, Milliarden zu investieren, gibt man ihnen gerne den Vorzug. Das IOK hat entschieden, dass es nach Peking 2022 auch für die Spiele 2026 eine asiatische Kandidatur zulassen wird: Es zählt nicht die Tradition, sondern allein das wirtschaftliche Potenzial. Will das IOK seine Glaubwürdigkeit stärken, sollte es handeln und die Spiele wieder kleiner machen. (gen.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

### Die Schweiz sollte Rohstoffhändler zur Offenlegung verpflichten

Im weltweiten Rohstoffhandel ist die Schweiz ein Riese. Mit einer simplen Transparenzvorschrift könnte sie in vielen Rohstoffländern eine Wende zum Guten bewirken, schreibt Daniel Kaufmann

Die Schweiz ist klein, doch als weltgrösster Rohstoffhandelsplatz spielt sie für viele Entwicklungsländer eine wesentliche Rolle. Laut Schätzungen verantworten Schweizer Unternehmen mehr als einen Drittel des weltweiten Ölhandels.

Kauft ein Händler von einer Regierung Rohstoffe, so gibt es einen einfachen Grund, wieso diese Transaktion transparent sein sollte: Die natürlichen Ressourcen gehören der Bevölkerung. Für Staaten wie Angola und Nigeria ist der Verkauf von Öl und Gas die grösste Einnahmequelle überhaupt.

Das Natural Resource Governance Institute (NRGI), dem ich vorstehe, konzentriert sich darauf, den sogenannten Rohstoff-Fluch zu besiegen. Dieser besagt, dass Entwicklungsländer, die mit einem Reichtum an Rohstoffen gesegnet sind, wegen schwacher politischer Führung und starker Korruption oft zu den ärmsten Regionen der Welt gehören. Dieses Problem liesse sich teilweise schon mit mehr Transparenz in einem traditionell undurchsichtigen Wirtschaftssektor lösen. Transparenz verbessert die Rechenschaftspflicht und das Vertrauen und vermindert so die Korruption. Meine Forschung hat gezeigt, dass Länder, die ihre Regierungsführung verbessern und die Korruption kontrollieren, ihr Pro-Kopf-Einkommen langfristig um das Dreifache steigern können.

Bei der Transparenz im Rohstoffsektor wurden in den letzten zehn Jahren grosse Fortschritte erzielt. Dazu brauchte es eine Kombination von Initiativen der Rohstoffländer (wie etwa der «Extractive Industries Transparency Initiative», kurz: EITI) sowie der Sitzstaaten, die von ihren Rohstoffunternehmen mit Gesetzen Transparenz bei deren globalen Geschäften einfordern.

Kanada, die EU-Mitgliedsländer wie auch Norwegen sind solche Sitzstaaten, die ihre Rohstoffunternehmen dazu verpflichten, Zahlungen offenzulegen, die sie an Regierungen auf der ganzen Welt für den Abbau von natürlichen Ressourcen leisten. Hun-

derte von Unternehmen, darunter BP, Shell und Total, haben inzwischen über 300 Milliarden US-Dollar an Zahlungen an Regierungen rohstoffreicher Länder offengelegt und damit die Informationsbasis für eine verbesserte Rechenschaft geschaffen.

Als grösster und zugleich undurchsichtigster Zahlungsfluss von Unternehmen an Regierungen haben sich die Deals zwischen nationalen Ölgesellschaften und globalen Rohstoffhändlern entpuppt. Doch ausgerechnet dieser Zahlungsfluss ist nicht in diesen Transparenzgesetzen enthalten; die Gesetze beziehen sich nur auf Steuern und andere Zahlungen im Zusammenhang mit dem Abbau der Rohstoffe.

Die Offenlegung von Zahlungen an Regierungen für den Kauf von Rohstoffen durch Händler kann hier wichtiges Gegensteuer geben. Bisher hat sich jedoch nur Trifigura dafür entschieden, diese Transaktionen einseitig offenzulegen. Die Gesamtzahlungen des Unternehmens in Genf in der Höhe von

21,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 übertrafen gar die 15,1 Milliarden US-Dollar, die Shell im selben Jahr an Regierungen für den Abbau von Rohstoffen gezahlt hat.

Trifigura hat damit die Machbarkeit der Offenlegung auch für Handelsfirmen demonstriert. Doch bisher folgt noch kein anderer Rohstoffhändler diesem Beispiel. Zudem zeigen Trifiguras offengelegte Zahlen, dass die Lösung hier nicht allein in den Rohstoffländern von EITI liegen kann. Aufgeschlüsselte Details liefert Trifigura nämlich nur für Zahlungen an jene Länder, die Mitglied bei EITI sind. Doch 90 Prozent von Trifiguras Zahlungen gehen an die zahlreichen Länder, die EITI nicht unterstützen. Die logische Konsequenz und politische Lösung bestünde darin, dass die Sitzstaaten dieser Rohstoffhändler verlangen, dass sie die Zahlungen offenzulegen, die sie weltweit an Regierungen leisten, um Rohstoffe zu kaufen.

Jetzt bietet sich der Schweiz eine grosse Chance, denn die Rechtskommission des Nationalrats wird bald über Transparenzregeln für Schweizer Rohstoffunternehmen entscheiden. Es ist unerlässlich, dass Handelsgeschäfte in dieses Gesetz einbezogen werden. Die Nichtberücksichtigung solcher Transaktionen würde dazu führen, dass die Schweiz ein Gesetz verabschiedet, das praktisch keine Wirkung entfalten kann.

Die Schweiz braucht bei der Verabschiedung eines Gesetzes, das Handelsgeschäfte mit einschliesst, keine Angst zu haben. Andere wichtige Handelsplätze wie Grossbritannien und die Niederlande haben sich bereits zu mehr Transparenz in diesem Bereich verpflichtet. Konkret prüft Grossbritannien als zweitgrösste Handelsdrehscheibe derzeit, wie der Rohstoffhandel in das bestehende Transparenzgesetz integriert werden könnte. Und die OECD berief Ende Januar eine internationale Konferenz ein, um dieses Thema anzugehen. Wenn die Schweiz handelt, handelt sie also nicht allein. Und weitere Länder werden ihrem Beispiel folgen.

## Daniel Kaufmann



Daniel Kaufmann, 67, ist Ökonom und Fachmann für Korruptionsbekämpfung und gute Regierungsführung. Der Chilene leitet als Präsident und Chef das Natural Resource Governance Institute (NRGI) und ist im Vorstand der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Zuvor war er bei der Brookings Institution und der Weltbank.